

VR *International*

AUSLANDSGESCHÄFT. EINFACH MACHEN!



Neue Ziele suchen

6 LÄNDERSTECKBRIEF
JAPAN

10 BGA: AKTUELLE
HERAUSFORDERUNGEN

11 BREXIT UPDATE:
WAS ÄNDERT SICH?

Auslandsgeschäft auf breiteres Fundament stellen

Um in diesen weltwirtschaftlich stürmischen Zeiten weiterhin erfolgreich zu sein, müssen Unternehmen ihr Auslandsgeschäft diversifizieren und somit globaler aufstellen, damit sie ein breiteres Fundament haben. Das verringert nicht nur Risiken von geopolitischen Unwägbarkeiten. Es können sich damit auch ganz neue Chancen ergeben. „Für viele Unternehmen ist Diversifizierung mittlerweile ein Muss – allerdings ist dies alles andere als ein Selbstläufer“, sagt dazu DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier.

Eine gute Hilfe für Unternehmen sind die Investitions- und Exportkreditgarantien der Bundesregierung, deren klima- und geopolitische Ausrichtung allerdings nicht ganz unumstritten ist. Doch gerade die Exportkreditgarantien, besser bekannt als Hermesdeckun-

gen, stellen ein zentrales Außenwirtschaftsförderinstrument der Bundesregierung dar und ermöglichen nicht selten die notwendige Absatzfinanzierung eines Geschäfts.

Lässt sich das Geschäft dank einer Hermesdeckung günstig finanzieren, steigen die Chancen, dass der ausländische Kunde beim deutschen Unternehmen bestellt. Das Deckungsangebot erstreckt sich dabei über die gesamte Wertschöpfungskette eines Exportgeschäftes – von der Fertigung über die Lieferung bis zur Bezahlung der letzten Rate.

An welchen Märkten sollen die Unternehmen festhalten und welche Länder sollten sie sich vielleicht etwas genauer anschauen? Wir stellen einige wichtige Trends vor.

Amerika

Die USA sind nach wie vor ein wichtiger Absatzmarkt für deutsche Unternehmen. Daran wird sich vorerst wenig ändern. Aus Sicht von Prof. Dr. Christian Rödl, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Beratungs- und Prüfungsgesellschaft Rödl & Partner, sollten diese Unternehmen Mexiko als Produktionsstandort in Betracht ziehen, um von dort aus den amerikanischen Markt zu bedienen.

Mexiko ist ein geteiltes Land: Einerseits ist organisierte Kriminalität ein großes Problem, andererseits bietet es ein gutes Geschäftsumfeld. Neben seiner geostrategischen Lage als Schnittpunkt zwischen Nord- und Zentralamerika verfügt das Land mit fast 130 Millionen Einwohnern über gut ausgebildete Arbeitskräfte.

Kanada ist zwar der zweitgrößte Flächenstaat der Welt, spielt für die deutsche Außenwirtschaft aber bisher eine vergleichsweise geringe Rolle. Die Firmen, die vor Ort sind, schätzen nach Angaben von Germany Trade & Invest allerdings die Gewinnmargen, gut ausgebildete Nachwuchskräfte im Hightech-Sektor sowie die hohe Kaufkraft. Auch als Testmarkt für eine Markterschließung in den USA bietet sich das Land an.

Chancen ergeben sich bei Ausrüstungsgütern und der Umwelttechnik, da das Land auf Klimaschutz und die Dekarbonisierung der Wirtschaft setzt. Zudem will Kanada seine starke Abhängigkeit von den USA reduzieren.

Eine weitaus größere Rolle könnte in Zukunft Südamerika spielen. Es ist ein Markt mit mehr als 700 Millionen Menschen, der fast 20 % der Weltwirtschaft und 31 % des weltweiten Warenexports abdeckt. Zwar ist die Region kein neues Terrain für deutsche Unternehmen. Doch die wirtschaftlichen Chancen werden vor allem stark von den Zollhürden begrenzt. Der durchschnittlich angewendete Zollsatz für Industriegütereinfuhren ist in Argentinien und Brasilien mehr als dreimal so hoch wie in der EU.

Ein Freihandelsabkommen ist daher verlockend. Doch die Verhandlungen zum sogenannten Mercosur-Abkommen sind nach einem kurzen Aufklackern im vergangenen Jahr wieder ins Stocken geraten. „Statt ihre Maximalforderungen durchsetzen zu wollen, sollte die EU auch aus geopolitischen Gründen alles daransetzen, das Abkommen bald unter Dach und

Fach zu bringen“, sagt Dr. Samina Sultan, Economist für europäische Wirtschaftspolitik und Außenhandel am Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Sollten die Verhandlungen scheitern, dürfte Europa gegenüber der Konkurrenz aus Fernost endgültig ins Hintertreffen geraten. Sultan: „Schließlich hat China seine Verbindungen zu den Mercosur-Staaten zuletzt kontinuierlich ausgebaut.“

Asien

China+1 oder auch China+2 heißt der Trend, hinter dem sich das Bedürfnis nach einer größeren Unabhängigkeit von der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt verbirgt. Das bedeutet, dass die Unternehmen zwar vor Ort bleiben, sich durch zusätzliche Standorte im asiatischen Raum aber vor geopolitischen Risiken absichern.

Insbesondere Vietnam, aber auch Thailand, Malaysia oder Indonesien rücken als eine Art Sicherheitsstandort immer stärker in den Fokus. „Es wundert mich, dass sich deutsche Unternehmen die asiatischen Märkte nicht genauer ansehen“, so Rödl, dessen Gesellschaft vor allem Mittelständler berät und 110 eigene Standorte in rund 50 Ländern dieser Welt hat.

Das Land mit dem stärksten Wachstum deutscher Aktivitäten ist nach seiner Erfahrung neben den USA allerdings Indien. „Das Land hat noch einige schwierige Aufgaben zu lösen. Es ist mit

seinen 1,4 Milliarden Einwohnern aber ein gigantischer Markt und sollte nicht unterschätzt werden.“ Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet, dass die Wirtschaft Indiens in diesem Jahr um 6,8 % wächst. In diesem Tempo könne das Land Deutschland als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt im Jahr 2025/26 ablösen, prognostiziert der IWF.

Deutsche Unternehmen vor Ort schätzen die politische Stabilität, aber auch die exzellenten Fachkräfte und die relativ niedrigen Lohnkosten, ergab eine Umfrage der Deutsch-Indischen Handelskammer. Bis vor wenigen Jahren wurde dem Land allerdings eine zu geringe Bedeutung beigemessen. Mittelständler mussten sich aus Kapazitätsgründen zwischen China und Indien entscheiden. Rödl empfiehlt den Unternehmen, diese Strategie nun zu überdenken und beide Märkte möglichst parallel zu bedienen.

Für wichtig hält er zudem, die Wertschöpfung in China zu vertiefen. „Wir beobachten, dass Unternehmen die Vorprodukte nicht mehr nach China importieren, sondern diese vor Ort herstellen und dort auch Forschungs- und Entwicklungsarbeiten etablieren.“ Der Grund dafür sei, dass sich die Qualität der chinesischen Ingenieure massiv verbessert habe und in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehe – im Gegensatz zum Fachkräftemangel in Deutschland. Forschung und Entwicklung in China zu betreiben, ist allerdings ein zweischneidiges Schwert.

Praxis-Tipp Investitionsgarantien

Vergünstigte Konditionen für 20 ausgewählte Ziele

Während Exportkreditgarantien wirtschaftlich und politisch bedingte Zahlungsausfälle absichern, bieten Investitionsgarantien Schutz gegen politische Risiken wie Verstaatlichungen, Enteignungen, Bruch von Zusagen, Krieg, Revolution, Aufruhr oder terroristische Akte.

Bei den Investitionsgarantien werden jetzt vergünstigte Konditionen in 20 ausgewählten Regionen dieser Welt angeboten. Es sind Länder, die aus Sicht der Bundesregierung deutschen Unternehmen gute Erfolgchancen bieten, bisher in der Wirtschaft jedoch nur wenig Beachtung fanden. Einen großen Raum nimmt Südamerika und damit der sogenannte „Mercosur-Raum“ ein. Auch einige afrikanische Länder wie Algerien oder Kenia gehören dazu. Alle Details finden Sie unter: <https://investitionsgarantien.de/>

Der Anreiz:

- ▶ die Antragsgebühr entfällt
- ▶ der Selbstbehalt im Schadensfall wird von 5% auf 2,5 % reduziert
- ▶ das jährliche Garantieentgelt wird um 10% verringert

Dass die Forschungsergebnisse in Hände gelangen, in die sie nicht gelangen sollten, sei ein Risiko, das man abwägen müsse, so Experten.

Afrika

Bisher sind nur wenige deutsche Unternehmen in Afrika aktiv. Von den gesamten Investitionen der deutschen Wirtschaft ins Ausland fließt nur etwa 1 % in den von zwei Weltmeeren umgebenen Kontinent. Dabei wird die Qualität von Produkten „made in Germany“ und auch die deutsche Technologie nach DIHK-Angaben gerade in Afrika besonders geschätzt.

Bei dem erwarteten Wirtschaftswachstum sei deutsches Know-how in mehreren Bereichen gefragt: etwa beim Ausbau der Infrastruktur sowie in den Sektoren Transport, Bau, Agribusiness, Kreislaufwirtschaft oder bei den erneuerbaren Energien. Bisher gelten afrikanische Länder oft als schwierige Investitionsziele. Ausufernde Korruption, fehlende Infrastruktur und Sicherheitsgarantien sind

die gängigen Vorurteile. Dass dies zwar auf einige, aber längst nicht auf alle Länder zutrifft, zeigt das steigende Interesse an Afrika als Handelspartner und Standort für eine Diversifizierung.

So hat die „Afrika Studie 2023“ der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG ergeben, dass mit 59 % mehr als die Hälfte der befragten deutschen Unternehmen mit wirtschaftlicher Tätigkeit in Afrika ihre Geschäfte auf dem Kontinent angesichts geopolitischer Entwicklungen ausweiten wollen.

Bei der Erschließung der Märkte hat Deutschland erheblichen Nachholbedarf. China hat das Potenzial dieses Kontinents längst erkannt und beteiligt sich bereits an zahlreichen Infrastrukturprojekten. Auch europäische Nachbarländer haben in diesen Markt investiert. Laut aktuellen Studien haben sich deutsche Investitionen in Afrika in den letzten 20 Jahren bis 2023 etwas mehr als verdoppelt (Faktor 2,6). Frankreich dagegen versechsfachte seinen Kapitalbestand auf dem Kontinent im selben Zeitraum. China steigerte ihn sogar um den Faktor 90.

Europa

Rumänien gehört innerhalb der EU zu den Volkswirtschaften mit einem stabilen Wachstum. Mit dem Schwarzmeerhafen in Constanta und der Donau gilt das Land als ein Bindeglied der Lieferketten von Europa über die Türkei in Richtung Südkaukasus. Diese Route hat vor allem nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine an Bedeutung gewonnen, da die Unternehmen ihre Lieferwege von Russland auf die Südroute verlagerten.

Auch wenn ein Ende des Krieges in der Ukraine immer noch nicht in Sicht ist, sollten sich Unternehmen nach Einschätzung vieler Experten schon heute darauf vorbereiten, dort zu investieren, wenn eines Tages die Waffen ruhen. Als vielversprechende Branchen gelten unter anderem die Landwirtschaft, IT, Logistik und Infrastrukturbereiche sowie Energie und Bauwesen. Das Potenzial für den Wiederaufbau der Ukraine wird nach Angaben der European Business Association auf über 400 Milliarden Euro geschätzt.



News inside: DZ BANK German Desk Hongkong

Energieeffizienz in Hongkongs Bauwesen: Trend mit Potenzial

Hongkong erlebt eine signifikante Transformation im Bereich des Bauwesens. Die Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Energieverbrauch von Gebäuden bis 2050 im Verhältnis zum Verbrauch im Jahr 2015 um 40 % zu senken. Dieser Schritt ist Teil einer umfassenden Strategie, die die Nachhaltigkeit in der Immobilienbranche in den Vordergrund rückt. Die Maßnahmen umfassen nicht nur Neubauten, sondern auch die Modernisierung bestehender Gebäude. Hierbei spielen Energieeffizienz und der Einsatz nachhaltiger Technologien eine zentrale Rolle.

Projekte wie das Sun Hung Kai Centre verdeutlichen den Trend. Durch Optimierungen im Energiebereich konnten signifikante Einsparungen von ca. 30 % erzielt werden, was zu einer Einsparung von Betriebskosten seit Umsetzung der

Maßnahme in Höhe von 80 Millionen Hongkong-Dollar und einer erhöhten Attraktivität für Mieter und Investoren geführt hat.

Umweltzertifikate wie LEED sind zu einem wichtigen Faktor für die Immobilienbranche geworden. Zudem wird von Unternehmen zunehmend erwartet, ihre Umweltleistungen offenzulegen, was besonders für börsennotierte Unternehmen relevant ist.

Deutsche Unternehmen haben die Möglichkeit, in diesem wachsenden Markt eine wesentliche Rolle zu spielen. Speziell im Bereich der hochentwickelten Bautechnologien und Energieeffizienzlösungen, so beispielsweise bei Kühlsystemen, Isolierungsmaterialien und intelligenten Gebäudemanagementsystemen können sie einen signifikanten Beitrag leisten.

Diese Entwicklungen bieten nicht nur umweltpolitische Vorteile, sondern auch wirtschaftliche Chancen. Unternehmen können ihr Know-how im Bereich Energieeffizienz und nachhaltige Bauweise nutzen, um eine führende Position auf dem dynamischen Hongkonger Markt einzunehmen.

Alexander Kochon

Kontakt

DZ BANK AG
German Desk Hong Kong

9th Floor, Tower II Admiralty Centre
18 Harcourt Road
Hong Kong
Tel.: +852 28 643331
germandesk.hk@dzbank.de

Norwegen Partnerland der Hannover Messe 2024

Die Hannover Messe findet in diesem Jahr vom 22. bis zum 26. April statt. Das Motto des diesjährigen Partnerlandes lautet „Norwegen 2024: Pioneering the Green Industrial Transition“. Es unterstreicht die Ambitionen des skandinavischen Landes im Hinblick auf die Transformation hin zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft und die Anwendung grüner und modernster digitaler Lösungen dafür.

Norwegen ist durch das EWR-Abkommen vollständig in den europäischen Binnenmarkt integriert, so dass Handel und Investitionen nahtlos zwischen Norwegen, Deutschland und dem Rest der Europäischen Union fließen. Norwegen und

Deutschland sind jetzt schon wichtige Handelspartner. Um bei grünen Transformationen noch enger zusammenzuarbeiten, haben sie eine strategische Partnerschaft in den Bereichen Klima, erneuerbare Energien und grüne Industrie geschlossen.

Im Norwegen-Pavillon in Halle 12 zeigen norwegische Top-Unternehmen Produkte und Lösungen für die Energiewende und eine nachhaltige Industrie. Der Pavillon ist ein wichtiger Anlaufpunkt für die norwegische Präsenz auf der Hannover Messe. Dort präsentieren sich Aussteller aus den Bereichen Energie, Prozessindustrie, Batterie-/Ladelösungen oder Digitalisierung. Ein Networking-Programm fördert die Zu-

sammenarbeit zwischen norwegischen und internationalen Unternehmen und stellt Geschäftsmöglichkeiten vor. Die Norwegisch-Deutsche Energiekonferenz am 23. April rundet das Programm ab.



Weitere Informationen:

<https://www.hannovermesse.de>



Neues EU-Tool für den Außenhandel gestartet

Das neue EU-Außenhandelsstool „Access2Conformity“ soll zum internationalen Bürokratieabbau beitragen, indem Unternehmen EU-Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung in Drittländern besser nutzen können. Damit können Firmen herausfinden, wo sie Produktprüfungen und -zertifizierungen schon in der EU durchführen können.

Wenn Unternehmen Waren in ein Handelspartnerland exportieren, müssen diese Waren von Konformitätsbewertungsstellen im Bestimmungsland zertifiziert werden, um sicherzustellen, dass sie den örtlichen

Vorschriften und Regelungen entsprechen, selbst wenn sie bereits für den heimischen Markt zertifiziert sind. Dies bedeutet, dass Exporteure womöglich ihre Waren doppelt prüfen lassen müssen.

Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung können dieses Problem lösen. Im Falle der EU ermöglichen sie es dem ausführenden Mitgliedstaat, seine eigene Konformitätsbewertungsstelle zu benennen, die in der Lage ist, die ausgeführten Produkte zu prüfen und zu zertifizieren, um sicherzustellen, dass sie den Regeln und Vorschriften des einführenden Handelspartners

entsprechen. Access2Conformity, das in das Access2Markets-Portal integriert ist, kann EU-Exporteuren also helfen festzustellen, wo in der EU sie Produktprüfungen und -zertifizierungen durchführen können, wenn sie in bestimmte Drittländer exportieren. Dies gilt für Australien, Kanada, Japan, Neuseeland, die Vereinigten Staaten und die Schweiz.

Weitere Informationen:

<https://trade.ec.europa.eu/access-to-markets/en/home>



Europäische Schwellenwerte für KMU ändern sich

Die EU-Kommission hat neue Schwellenwerte für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) beschlossen. Es ist die erste Anpassung seit dem Jahr 2013. Sie soll dazu führen, dass KMU nicht neueren Bestimmungen über die Finanz- und Nachhaltigkeitsberichterstattung unterliegen. Durch die Änderungsrichtlinie wird der Schwellenwert „Bilanzsumme“ von 20 Millionen auf 25 Millionen Euro und der Schwellenwert „Nettoumsatzerlöse“

von 40 Millionen auf 50 Millionen Euro angehoben. Zusammen mit dem Schwellenwert „Anzahl der Mitarbeitenden“ (bei KMU unverändert bis zu 249 Mitarbeitende) werden Unternehmen mithilfe dieser Werte in eine bestimmte Größenklasse eingeordnet.

Mit dieser Änderung soll den Auswirkungen der Inflation Rechnung getragen werden. Durch die Anhebung unterliegen kleine und mittlere Unternehmen nicht

den zahlreichen EU-Bestimmungen über die Finanz- und Nachhaltigkeitsberichterstattung, die für größere Unternehmen gelten. Die EU-Mitgliedstaaten müssen die Änderungen noch in nationales Recht umsetzen.

Weitere Informationen:

<https://www.gtai.de/de/trade/>



DZ BANK erneut zu einer der führenden Banken für Exportfinanzierungen gekürt

Bei der Exportfinanzierung spielt die DZ BANK in der ersten Liga mit. Sie erhielt jüngst zwei der renommierten TXF Export Finance Deals of the Year für das Jahr 2022. TXF Media, der international führende Informations- und Datenanbieter für Exportfinanzierungen, kürt mit dem TXF-Award jedes Jahr Banken und Exportkreditversicherer, die besondere Leistungen erbracht haben oder innovative Projekte unterstützen.

Serie Praxiswissen Auslandsgeschäft:

Wozu ein Verhaltenskodex für Lieferanten?

Ein Verhaltenskodex für Lieferanten hat durch die Anforderungen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes noch einmal ganz besonders an Bedeutung gewonnen. Große Unternehmen, die die Sorgfaltspflichten nach diesem Gesetz zu erfüllen haben, geben ihre Verpflichtungen daraus in der Lieferkette weiter, sodass auch nicht davon betroffene Unternehmen ihre eigene Lieferkette „sauber“ halten müssen – natürlich auch gegenüber ausländischen Vorlieferanten. Verhaltenskodex als Problemlöser?

Die Groß AG eröffnet gegenüber der Klein GmbH, dass sie von ihr nur dann weiter Produkte beziehen könne, wenn sie dadurch nicht ihre Verpflichtungen aus dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz verletze. Der Klein GmbH ist unabhängig davon ein vertrauensvoller Umgang mit ihren Geschäftspartnern wichtig und lässt sich dabei u. a. von Aspekten wie Integrität, Ethik, Nachhaltigkeit und gesetzeskonformem Verhalten leiten. Es entspricht daher ihrem Selbstverständnis, dass ihre eigenen Lieferanten ethisch und integer handeln sowie die geltenden Gesetze einhalten sollen, auch die aus sog. Problemländern. Der Anwalt der Klein GmbH schlägt ihr daher einen Verhaltenskodex für Lieferanten vor, den diese akzeptieren müssten. – Zwei Fliegen mit einer Klappe! Worauf kommt es an? Hier einige zentrale Punkte.

Soziale Verantwortung

Die Lieferanten sollten sich verpflichten, keine Form von Zwangsarbeit zu praktizieren und Kinderarbeit nur in Übereinstimmung mit dem anwendbaren lokalen Recht und den internationalen Mindeststandards. Dabei sollten sie die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Beschäftigung von Arbeitnehmern einhalten und die illegale Beschäftigung wirksam auf der Grundlage fairer und rechtskonformer Verträge und unter Einhaltung der internationalen Mindestar-

beitsstandards bekämpfen. Diskriminierung und Ungleichbehandlung sollten ein absolutes Tabu darstellen. Weiterhin sollten fundamentale Arbeitnehmerrechte beachtet werden sowie faire Arbeitszeiten und eine faire Vergütung gewährleistet sein.

Wir setzen unsere Serie mit neuen Folgen fort!

Die Lieferanten sollten sich verpflichten, angemessene Anstrengungen zu unternehmen, um in ihren Produkten die Verwendung von Rohstoffen zu vermeiden, die aus Konflikt- und/oder Hochrisikogebieten stammen. Sie sollten weiterhin die anwendbaren Gesetze und Vorschriften über Konfliktmineralien einhalten. Darüber hinaus sollten sie sich verpflichten, die geltenden gesetzlichen und internationalen Normen im Bereich des Arbeitsschutzes einzuhalten.

Sonstige Compliance-Maßnahmen

Von den Lieferanten wird erwartet, alle anwendbaren Exportkontrollen, Sanktionen, Zollgesetze und -vorschriften, einschließlich der anwendbaren Handelsbeschränkungen, Embargos und andere Restriktionen für den Import und Export, sowie generell alle außenwirtschaftsrechtlichen Gesetze und Rechtsvorschriften einzuhalten. Außerdem sollten sie angemessene Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass ihre Lieferanten wiederum die in dem Verhaltenskodex dargelegten Grundprinzipien in ihrer ganzen Lieferkette einhalten. Die Lieferanten sollten sich ferner verpflichten, in Übereinstimmung mit nationalen und internationalen Wettbewerbsgesetzen zu handeln und geistiges Eigentum Dritter nicht zu verletzen. Von ihnen sollte ein klares Bekenntnis abver-

langt werden, keine Form von Korruption oder Bestechung zu tolerieren und sich daran weder direkt noch indirekt zu beteiligen. Sie sollten ferner ein Verbot der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung akzeptieren. Schließlich sollten sie ein Beschwerdesystem implementieren, Interessenskonflikte aller Art vermeiden und die Datenschutzvorschriften beachten.

Umwelt und Klimaschutz

Die Lieferanten sollten sich verpflichten, die jeweils anwendbaren Umweltgesetze, Umweltregularien und Umweltstandards einzuhalten und in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Anforderungen und internationalen Umweltstandards zu handeln. Außerdem sollten sie sich zur Minimierung der Umweltverschmutzung verpflichten sowie zur Steigerung ihrer Energieeffizienz, zur Nutzung von erneuerbaren Energien sowie zur Reduzierung des Wasserverbrauchs und von Abfällen sowie zur Sicherstellung ihrer Entsorgung.

Fazit: „Damit es auch mit dem Lieferanten klappt“, nur noch eins – die schriftliche Bestätigung des Lieferanten, die in dem Verhaltenskodex festgelegten Grundsätze und Anforderungen einzuhalten.

Nutzen Sie die App „VR International“:

Zu vielen Fachbegriffen – zum Beispiel Akkreditiv, Inkasso, Garantien und Währungsabsicherung – gibt es informative Erklärvideos.



Autor

Klaus Vorpeil ist Rechtsanwalt bei Neussel KPA Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB Kaufmannshof 1 55120 Mainz Tel.: 06131 626080 Vorpeil@neusselkpa.de www.neusselkpa.de



Japan

Roboter, Kirschblüten, Teezeremonie... Japan ruft viele Assoziationen hervor – und überrascht doch mit vielen Hintergründen. Mit einer Fläche von 377.835 km² ist der Inselstaat in etwa so groß wie Deutschland, zählt aber mit 127 Millionen Einwohnern weitaus mehr Bewohner. Die meisten von ihnen leben in den Ballungsräumen rund um Tokio, Osaka-Kyoto-Kobe und Nagoya. Ersterer darf sich rühmen, mit der Hauptstadt Tokio, Yokohama, Saitama und einigen weiteren Städten die größte Metropolregion der Welt zu sein, denn hier drängen sich mehr als 35 Millionen Menschen.

Politische Lage

Seit 1952 ist Japan eine parlamentarische Demokratie. Die Gewaltenteilung von Exekutive, Legislative und Judikative funktioniert so, wie man es aus westlichen Staaten kennt. Das Parlament besteht aus zwei Kammern, dem Oberhaus mit 248 Mitgliedern, die alle drei Jahre jeweils zur Hälfte für sechs Jahre neu gewählt werden, und dem Unterhaus, dessen 465 Mitglieder alle vier Jahre vom Volk gewählt werden. Letztere wählen den Ministerpräsidenten, der die Kabinettsmitglieder bestimmt. Diese wiederum werden vom Kaiser (Tennō) symbolisch ernannt. Die nächste Wahl steht bei beiden Kammern 2025 an. Die Gouverneure der 47 Präfekturen Japans werden direkt gewählt, unterliegen jedoch den Weisungen der Zentralregierung.



Derzeit regiert der Ministerpräsident Kishida Fumio mit einer Koalition aus der Liberaldemokratischen Partei (LDP), deren Vorsitzender er selbst ist, und der buddhistisch orientierten Partei New Komeito Partei (NK), die zusammen im Unterhaus über eine Zweidrittel-Mehrheit und im Oberhaus über eine absolute Mehrheit verfügen. Der Tennō ist politisch zwar präsent, aber nicht wirklich

mächtig. Er ist in moralischen Fragen eine wichtige Instanz, politisch jedoch nahezu bedeutungslos. Laut der japanischen Verfassung ist er „das Symbol des Landes“, nicht jedoch Staatsoberhaupt, wie manche Könige in anderen konstitutionellen Monarchien. Zu den ausgewiesenen Vorhaben Kishidas gehören nach eigenen Angaben neben wirtschaftlichen Zielen die Energieversorgung zu stabilisieren und diverse soziale Fragen wie die Modernisierung des Familienrechts und eine bessere soziale Absicherung. Besonderes Augenmerk liegt auch auf der Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit – ein regelrechter Bruch mit der bis dato deklarierten Politik des Pazifismus, der bisher nur eine Selbstverteidigungsarmee vorsieht.



Tokio, Japans hektische Hauptstadt, verbindet mit historischen Tempeln und den neonerleuchteten Wolkenkratzern Tradition und gleichzeitig Ultramoderne.

Die fünf größten Geschäftsbanken
Mitsubishi UFG Financial Group Inc.
Sumitomo Mitsui Financial Group
Mizuho Financial Group
Japan Post Bank
Norinchukin Bank

Im Dezember 2022 veröffentlichte die Regierung eine neue Nationale Sicherheitsstrategie. Unter anderem sollte das Verteidigungsbudget auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts verdoppelt werden, was nach dem aktuellen Wechselkurs rund 80 Milliarden Euro entspräche. Japan soll damit befähigt werden, notfalls auch Gegenschläge auszuführen. Des Weiteren steht eine engere Zusammenarbeit mit den USA auf dem Plan.

Damit reagiert Japan auf die veränderte Sicherheitslage in Ostasien, die allen voran von den Drohungen der Volksrepublik Chinas gegenüber Taiwan, Chinas territoriale Ansprüche im südchinesischen Meer und der nordkoreanischen Aufrüstung geprägt ist.

Die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt ist Mitglied der G-7-Staaten und war zuletzt im Mai des vergangenen Jahres Gastgeber des G-7-Gipfels, währenddessen die Staats- und Regierungschefs die weitere Unterstützung für die Ukraine untermauerten. Im Dezember empfing Kishida dann das politische Spitzenpersonal aus den Ländern des Verbands Südostasiatischer Staaten, um die Beziehungen zu vertiefen.

Innenpolitisch stand Japans Premierminister zuletzt allerdings gehörig unter Druck. Auslöser war ein großer Spenden- und Steuerskandal seiner Partei LDP, die mit kurzer Unterbrechung seit Jahrzehnten das Land regiert. Funktionäre des mächtigen Parteiflügels, die sogenannte Abe-Fraktion, sollen sich über eine lange Zeit massiv bereichert haben.

Die Staatsanwaltschaft in Tokio ermittelt mit einem großen Aufgebot. Mitte Dezember traten dann drei Minister und auch der Sonderberater des Premierministers zurück. Die Gruppierung wurde einst von Ex-Premier Abe, der im Sommer 2022 einem Attentat zum Opfer gefallen ist, gegründet. Die LDP-Abgeordneten dieser Fraktion werden als Seiwaken bezeichnet und ihre Zahl im Parlament beträgt aktuell knapp 100.

Wirtschaftsstruktur

Japan ist hinter den USA und der Volksrepublik China sowie vor Deutschland derzeit die weltweit drittgrößte Volkswirtschaft. Wichtige Branchen sind Forschung, Entwicklung und Produktion im Maschinen-, Anlagen- und Automobilbau, die Elektronik- sowie die Chemieindustrie. Zahlreiche japanische Unternehmen gehören zu den Weltmarktführern und sind dabei sehr ex-

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

(in Prozent)

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (real)	Inflationsrate (Jahresdurchschnitt)	Haushaltssaldo (BIP)
2021	2,2	-0,2	-6,2
2022	1,0	2,5	-6,9
2023p	2,0	3,2	-5,6
2024p	1,0	2,9	-3,7

p = Prognose

Quellen: Germany Trade & Invest, Internationaler Währungsfonds

Entwicklungen in der Außenwirtschaft

(in Mrd. USD)

Jahr	Leistungsbilanzsaldo	Direktinvestitionen (netto)	Währungsreserven (mit Gold)
2019	176,3	13,8	1,3
2020	149,9	10,7	1,3
2021	196,8	24,7	1,4
2022	90,6	32,5	1,2

Quellen: Germany Trade & Invest, Internationaler Währungsfonds, Weltbank

portorientiert. In puncto Wirtschaftsstruktur, Vorzeigebereichen und Infrastruktur ähneln sich Japan und Deutschland relativ stark, weshalb es auch weniger Handel zwischen beiden Ländern gibt, als man aufgrund der Größe erwarten würde.

Etliche japanische Konzerne haben die arbeitsintensive Produktion ins asiatische Ausland verlegt, um ihre Absatzmärkte von dort aus direkt zu bedienen und Kosten zu sparen. Ebenfalls weltweit führend ist Japan in Teilbereichen von Automatisierungslösungen in Logistik, Maschinen- und Anlagenbau sowie bei den Zukunftstechnologien wie Solarzellen, Karbonfasern, Batterien und Robotik.

Japan hat kaum Rohstoffvorkommen und importiert große Teile der Energie und der Lebensmittel. In Sachen Infrastruktur ist Japan sehr gut aufgestellt: Sowohl ein dichtes Hochgeschwindigkeits-Bahnnetz

als auch ein gutes Autobahnnetz verbinden alle Landesteile. Davon ausgenommen ist die kleinste Hauptinsel Shikoku, die jedoch wirtschaftlich kaum eine Rolle spielt, sieht man von Landwirtschaft ab. Als überaus entwickelte Volkswirtschaft macht der Dienstleistungsbereich auch in Japan fast 70 % aus. Er wurde jedoch von der Corona-Pandemie stark in Mitleidenschaft gezogen – nicht zuletzt, weil lange Abertausende chinesischer Touristen wegblieben. Mittlerweile hat sich der Tourismus sichtbar erholt, bleibt aber noch hinter der Vor-Corona-Zeit zurück.

Für den Alltag prägend ist auch die geologische Situation, denn unter Japan treffen mit der pazifischen, eurasischen, nordamerikanischen und der philippinischen vier tektonische Platten aufeinander, was für rund 240 Vulkane sorgt, von denen 110 noch aktiv sind.



Mit dem Hochgeschwindigkeits-Bahnnetz Shinkansen ist Japan in Sachen Infrastruktur sehr gut aufgestellt.

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit Japan
(in Mrd. EUR)

Jahr	Deutsche Ausfuhr	Deutsche Einfuhr	Saldo
2019	20.662	23.904	-3.242
2020	17.396	21.427	-4.031
2021	18.245	23.477	-5.232
2022	20.511	25.413	-4.902

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Germany Trade & Invest, Ministry of Finance Japan, https://www.customs.go.jp/toukei/info/tsdL_e.htm

Erdbeben, auch größerer Natur, gehören in Japan zum Alltag. Unvergessen ist das große Tohoku-Erdbeben im März 2011, das einen Tsunami auslöste und neben tausenden von Todesopfern auch das Atomkraftwerk Fukushima in Mitleidenschaft zog. In den folgenden Jahren verabschiedete sich Japan von der Atomkraft, hat diese Entscheidung zwischenzeitlich aber wieder revidiert.

Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik

Japan gilt international als eine der wirtschaftlichen Großmächte. 2020 brach die Wirtschaftstätigkeit in Nippon zwar ein – wie überall auf der Welt –, wuchs aber 2021 wieder. Im vergangenen Jahr konnte Japans Wirtschaftsleistung mit rund 2 % so stark zulegen wie kaum eine andere entwickelte Volkswirtschaft. Dennoch schrumpfte das BIP im dritten Quartal wieder. Mit 100 Billionen Yen wurde noch nie so viel Kapital investiert wie 2023, unter anderem in der Kfz-Industrie, der Chemieindustrie und dem E-Commerce.

Hinzu kommt die staatliche Unterstützung bei der Ansiedlung von Halbleiterindustrien – und die guten Aktienkurse auf 30-Jahres-Hoch tun ihr Übriges dazu, eine positive Stimmung zu schaffen. Auch die Inflation ist in Japan weitaus geringer als in Deutschland – nicht zuletzt, weil Strom und Energie dank des Betriebs der Atomkraftwerke nicht ganz so teuer wurden. Zudem kauft Japan weiter Flüssiggas aus Russland.

Ebenfalls nicht unerheblich: Nach vielen Jahren der Stagnation erhöhten sich die Löhne, was sich wiederum positiv auf den Konsum auswirkte. Zudem herrscht angesichts einer Arbeitslosenquote von um die 2,5 % annähernd Vollbeschäftigung. Ob der wirtschaftliche Höhenflug anhalten wird, da sind sich die Wirtschaftsexperten uneinig; denn so wie schon 2022 verlor auch 2023 der Yen weiterhin an Wert – und die Japanische Zentralbank macht wenig

Anstalten die Zinsen zu erhöhen. In ihrer letzten 2023er Sitzung beließ sie jedenfalls das kurzfristige Zinsziel bei -0,1 %.

Japans Geldpolitik ist seit Jahren ultra-locker, auch wegen vergangener Deflationsgefahren. Die Automobilhersteller und andere exportorientierte Unternehmen profitieren zwar vom günstigen Yen und auch der Tourismus schreibt erstmals seit der Corona-Krise wieder schwarze Zahlen. Der japanische Staat hat aber mit rund 260 % des BIPs – also mehr als das Doppelte der jährlichen Wirtschaftsleistung – die höchste Staatsverschuldung weltweit.

Dos and Don'ts Japan

- ▶ Höflich und zurückhaltend sein.
- ▶ Geduld haben und nicht mit der Tür ins Haus fallen.
- ▶ Die Chance wahrnehmen, sich von Dritten vorstellen zu lassen.
- ▶ Auf langfristigen persönlichen Kontakt setzen.
- ▶ Statt Druck auszuüben, eher einen Zeitplan formulieren.
- ▶ Den Geschäftspartner nicht in Verlegenheit bringen.
- ▶ Auf kulturell versierte Dolmetscher setzen.

Quelle: GTAI

Große Pläne wie die erwähnte Erhöhung des Wehretats müssen erst einmal finanziert werden. Gesellschaftlich und wirtschaftlich ist in Japan viel in Bewegung. Die zunehmende Überalterung und der Fachkräftemangel zwingen den Staat zu neuen Konzepten, wie das der Society 5.0. Diese Vision soll die Digitalisierung und Automatisierung im Alltag, aber auch in der Pflege und anderen sozialen Bereichen vorantreiben. Die Geburtenrate in Japan ist mit 1,4 sehr gering, gleichzeitig gibt es kaum Zuwanderung. Dadurch schrumpft die Bevölkerung tendenziell – und droht gleichzeitig zu überaltern.

Eine weitere Aufgabe der Zukunft wird die Dekarbonisierung sein. Bis 2050 will Japan klimaneutral sein und treibt daher den Ausbau der erneuerbaren Energien voran. Bis 2030 sollen sie deutlich zule-

gen und 38 % an der Stromproduktionskapazität ausmachen. Gleichzeitig spielt auch die Kernenergie wieder eine größere Rolle. Etwa ein Fünftel der Stromerzeugung sollen künftig von AKWs kommen.

Ebenfalls von großer Bedeutung: Als eines der ersten Länder weltweit hat Japan 2017 mit der Basic Hydrogen Strategy eine Wasserstoffstrategie erarbeitet, die unter anderem aus den 2020 aufgelegten und mit zwei Trillionen Yen ausgestatteten Green Innovation Fund finanziert wird. Vor allem in der Chemie, Stahl- und Zementherstellung spielt sie eine große Rolle. Nicht zuletzt ist auch die Sonnenenergie Teil des Strategic Energy Plans. 2021 lieferte sie bereits mehr als 8 % des Stroms. Bis 2030 soll der Anteil auf 15 % steigen.

Letztlich soll mit all diesen Maßnahmen das beim Sekretariat der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) hinterlegte Ziel einer Reduktion des CO₂-Gesamtausstoßes von 1.400 Tonnen im Jahr 2013 auf 760 Millionen Tonnen im Jahr 2030 erreicht werden, also immerhin um 46 %!

Da Japan nach wie vor einen hohen Bedarf an fossiler Energie hat, liefert Nippon über den 2017 geschaffenen Joint Crediting Mechanism (JSM) Entwicklungsländern Klimaschutztechnologien und erhält im Gegenzug CO₂-Zertifikate.

Außenhandel mit Deutschland und der Welt

Laut der deutschen Auslandshandelskammer Japan ist das Inselreich mit einem Handelsvolumen von 41,7 Milliarden Euro Deutschlands zweitwichtigster Markt in Asien und der drittgrößte Abnehmer außerhalb Europas, während Deutschland der wichtigste Zielmarkt für japanische Produkte in Europa ist. Die deutschen Direktinvestitionen in Japan summieren sich zu einem Kapitalstock von 16,6 Milliarden Euro.

Unter den 100 größten ausländischen Investoren sind immerhin zehn deutsche Konzerne vertreten. Insgesamt sind rund 600 Unternehmen aus der Bundesrepublik in dem ostasiatischen Land ansässig. Bei den deutschen Einfuhren rangierte Japan 2021 an 15. Stelle von 239 Handelspartnern, bei den deutschen Ausfuhren auf dem 20. Rang. Wichtigste Handelspartner Japans bleiben aber mit Abstand die USA und die Volksrepublik China. Bei den Exporten folgen Südkorea und Taiwan auf den Rängen drei und vier, in puncto Einfuhren sind es Australien und Saudi-Arabien.

Am 1. Februar 2019 ist das umfangreiche Freihandelsabkommen (Japan-EU FTA) zwischen Japan und der Europäischen Union in Kraft getreten. Dank dieses Freihandelsabkommens sind Lieferungen von Industriegütern von und nach Japan nun zollfrei, mit Ausnahme einiger weniger Bereiche wie den Nahrungsmitteln, deren Zölle nach und nach anhand eines festen Zeitplans abgeschafft werden.

Mittlerweile ist die EU einer der größten Handelspartner bzw. Investoren und macht 12 % des japanischen Handelsvolumens aus. Gleichzeitig mit dem Freihandelsabkommen wurde das Strategic Partnership Agreement (SPA) vereinbart,

das auf 40 unterschiedlichen Bereichen die Zusammenarbeit verbessern soll, darunter vor allem in Sachen Sicherheit und Frieden, technologischer Entwicklung und Innovation, Energie und Umweltschutz sowie in sozialen Angelegenheiten und in Austauschprogrammen.

Aussichten

Wenn es um die weiteren Aussichten geht, liegen die Fachmeinungen weit auseinander. Während der Internationale Währungsfonds recht pessimistisch prognostiziert, Japan könnte 2026 in puncto volkswirtschaftlicher Größe sogar hinter Indien zurückfallen, sehen andere Experten die Zukunft weiterhin positiv. Sicher ist: Japan hat mit einigen Problemen zu kämpfen, die der Westen nur zu gut kennt. Der Fachkräftemangel ist auch in Nippon auf absehbare Zeit kaum zu lösen, zumal man sich nur sehr zögerlich für ausländische Kräfte öffnet.

Dazu kommt, dass nur wenige Frauen Vollzeit arbeiten (können) und mit gesellschaftlichen Vorurteilen kämpfen. Ähnlich problematisch ist auch die Überalterung. Zwar plant Kishida mit zusätzlichen 23 Milliarden Euro an Familienhilfen, um

Hauptimportgüter Japan (in Prozent der Gesamteinfuhr 2021)

Elektronik	12,9
Chem. Erzeugnisse	11,5
Erdöl	8,2
Rohstoffe (o. Brennstoffe)	8,2
Nahrungsmittel	7,6

Quelle: Germany Trade & Invest

die Geburtenrate zu steigern. Doch bis sich dies bemerkbar macht, wird es noch viele Jahre dauern.

Ein weiterer schwieriger Punkt ist die Sicherheitslage in der Region, die sich angesichts der Spannungen zwischen der Volksrepublik China und Taiwan, sowie der aggressiven Haltung Nordkoreas und Russlands eher instabil zeigt. Nicht zuletzt spielt auch die wirtschaftliche Lage des Handelspartners China indirekt eine Rolle: Im ersten Halbjahr 2023 fielen die Exporte an den Nachbarn, vor allem Edelstahl, Halbleiter und Kraftfahrzeuge, um 13 %. Andererseits ist es Japan im vergangenen Jahr überraschend gelungen, für Erholung zu sorgen – und wenn es um Innovationskraft geht, hat das Inselreich bisher immer überzeugt.

Eckdaten für den Export nach Japan

Bevölkerung:
126,8 Millionen

Hauptstadt:
Tokio

Währungseinheit:
1 Japanischer Yen = 100 SEN
ISO-Code: JPY

Wichtige Feiertage:
15. Juli Tag des Meeres
11. August Tag des Berges
16. September Tag der älteren Menschen
22. September Herbstanfang
14. Oktober Tag des Sports
03. November Tag der Kultur
23. November Tag der Arbeit

Zollflughäfen:
Akita, Fukushima, Hakodate, Hiroshima, Miho, Nagasaki, Okinawa, Tokio

Wichtige Seehäfen:
Chiba, Kawasaki, Kobe, Mizushima, Moji, Nagoya, Osaka, Tokio, Yokohama u.a.

Korrespondenzsprachen:
Japanisch, Englisch

Zolltarif (für Nicht-EU-Waren):
Harmonisiertes System, Verzollung nach dem Transaktionswert.

Zahlungsbedingungen und Angebote:
Zahlung gegen Dokumenteninkasso oder Zahlung gegen unwiderrufliches, bankbestätigtes Dokumentenakkreditiv ratsam. Angebote in englischer Sprache.

Euler Hermes Länder-Klassifizierung:
./.

Hinweis: Bei mit ./ markierten Ländern handelt es sich um die von der OECD hinsichtlich des Risikos nicht klassifizierten Hocheinkommensländer der OECD und der Eurozone. Es gibt keine OECD-weit gültige Entgeltkategorie. Die Entgeltberechnung erfolgt anhand eines Markttests.

Auszug aus den „Konsulats- und Mustervorschriften“.

Nützliche Adressen

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland

4-5-10, Minami-Azabu, Minato-ku,
Tokyo 106-0047, Japan
Tel.: +813 57917700
<https://japan.diplo.de>
info@tokyo.diplo.de

Botschaft von Japan

Hiroshimastraße 6
10785 Berlin
Tel.: 030 21094-0
www.de.emb-japan.go.jp
info@bo.mofa.go.jp

Deutsche Industrie- und Handelskammer in Japan (AHK Japan)

Sanbancho KS Bldg. 5F
2-4 Sanbancho, Chiyoda-ku
Tokio 102-0075, Japan
Tel.: +813 52769811
info@dihkj.or.jp
<https://japan.ahk.de>

Aktuelle Länderinformation und einen Euro-Umrechner finden Sie in der App „VR International“, die Sie kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen können.

Die außenwirtschaftlichen Herausforderungen 2024

Der Krieg in der Ukraine, der Angriff von Huthi-Rebellen auf Containerschiffe im Roten Meer, ein zunehmend kritisches Verhältnis zu dem wichtigen Handelspartner China: Die Welt ändert sich für exportorientierte Unternehmen in einer rasanten Geschwindigkeit. Sicher ist nur noch, dass nichts mehr sicher ist. Welchen Herausforderungen die Unternehmen gegenüberstehen, schildert Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), im Interview mit VR International.

VR International: Die geopolitischen Risiken nehmen zu. Welchen Einfluss hat dies auf die Unternehmen?

Dirk Jandura: In unserer zunehmend globalisierten Welt können Ereignisse und Entwicklungen in einem Land oder einer Region weitreichende Auswirkungen auf die Politik und Wirtschaft aller anderen Länder haben. Die Weltmärkte sind stark miteinander verflochten und voneinander abhängig. Als Reaktion auf die Krisen der letzten Jahre werden nun die weltweiten Lieferketten resilienter aufgestellt.

Die Diversifizierung der Bezugsquellen, der Einsatz neuer Softwareprodukte zur Überwachung von Logistik und Lieferketten sowie die Anpassung der Betriebsabläufe, um auch auf kurzfristige und unvorhersehbare Ereignisse angemessen reagieren zu können, haben bereits wesentlich dazu beigetragen, die Lieferketten weniger anfällig für Störungen zu machen. Neue Entwicklungen in der Welt wie geopolitische Spannungen, Handelskonflikte und Naturkatastrophen bringen immer wieder neue Dynamik in das Außenhandelsgeschäft und erfordern neue Anpassungen. Der Abschluss neuer Handelsabkommen würde helfen.

VR International: Große Hoffnungen werden mit dem sogenannten Mercosur-Abkommen verbunden, das seit dem vergangenen Jahr neu verhandelt wird.

Dirk Jandura: Mit dem Abkommen könnten fast alle Zölle zwischen der EU und dem Mercosur-Raum abgebaut werden, was wiederum den Handel mit Dienstleistungen erleichtern, die Beschaffungsmärkte öffnen und die regulatorische Zusammenarbeit vereinfachen würde. Darüber hinaus könnten viele traditionelle europäische Produkte auch in den Mercosur-Staaten geschützt werden. Begrüßenswert ist, dass das Abkommen

ein eigenes Mittelstandskapitel enthält, damit auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) von dem Abkommen profitieren können. Bislang sind 85 Prozent der europäischen Exporte in den Mercosur-Raum zollpflichtig. Das kostet deutsche und europäische Unternehmen jährlich 4 Milliarden Euro. Rund 12.500 deutsche Unternehmen exportieren in die Region, 72 % davon sind KMU. Das Abkommen kann daher ein großes Potenzial für die deutsche Wirtschaft erschließen, den Handel mit der Mercosur-Region stärken und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Diversifizierung und Resilienz der Lieferketten leisten.

VR International: Wesentlich weniger Aufmerksamkeit hat die Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit Neuseeland erhalten.

Dirk Jandura: Neuseeland ist für Deutschland und die anderen EU-Staaten ein wichtiger Handelspartner und ein bedeutender Absatzmarkt für unsere Exporte. Der Wert der deutschen Ausfuhren nach Neuseeland betrug im Jahr 2022 fast 2 Milliarden Euro. Insbesondere für unsere Maschinen und Fahrzeuge ist das Land ein nicht zu unterschätzender Abnehmer. Nachdem das Abkommen auf europäischer Seite bereits im November letzten Jahres ratifiziert wurde, hoffen wir nun, dass Neuseeland wie geplant im ersten Quartal 2024 nachziehen wird.

Auch dieses Abkommen wird zu einem Zollabbau von rund 140 Millionen Euro führen, wodurch der bilaterale Handel in den nächsten zehn Jahren um bis zu 30 % wachsen soll. Außerdem wird erwartet, dass die EU-Exporte jährlich um 4,5 Milliarden Euro und die EU-Investitionen um bis zu 80 % steigen werden. Der Abschluss des Handelsabkommens ist daher ein wichtiger Schritt, und die

Interview mit ...

Dirk Jandura

Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA)



www.bga.de

Erwartungen der europäischen und sicherlich auch der neuseeländischen Wirtschaft sind hoch.

VR International: Mit welchen Herausforderungen müssen sich die Unternehmen neben der Diversifizierung noch auseinandersetzen?

Dirk Jandura: Neben den globalen Zusammenhängen der Weltwirtschaft haben die Entwicklungen in Europa und in Deutschland nicht minder großen Einfluss auf die Leistungs- und Funktionsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft. Der Blick nach Deutschland offenbart leider seit geraumer Zeit eine Flut neuer bürokratischer Anforderungen, die trotz des von der Bundesregierung versprochenen Bürokratieabbaus noch weiter zunehmen werden. Grund dafür sind oft handwerklich schlecht gemachte Gesetze, wie das im letzten Jahr in Kraft getretene Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz.

Wir sind uns alle einig, dass die Ziele des Gesetzes legitim sind. Aber ein Gesetz zu verabschieden, das so eklatante Fehler aufweist, dass selbst nach über einem Jahr des Inkrafttretens das mit der Überwachung beauftragte Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) mit sogenannten Handreichungen versucht, die Unklarheiten und Unstimmigkeiten des Gesetzgebers auszubügeln, muss in Zukunft dringend vermieden werden.

Erleichterungen bei Importen nach U.K. durch das „Border Target Operating Model“

Seit der Umsetzung des Brexit im Januar 2020 kann Großbritannien seine Handelsabkommen frei verhandeln und entscheiden. Im April 2023 veröffentlichte die britische Regierung dazu den Entwurf des sogenannten „Border Target Operating Model“, das für alle Importe – insbesondere aber die Importe aus der Europäischen Union – ins Vereinigte Königreich gelten soll. Ziel ist es, die Einfuhren von Gütern und Waren zu erleichtern und den bürokratischen Aufwand damit zu verschlanken. Dabei wurde in zeitlicher Hinsicht ein stufenweiser Umsetzungsplan aufgestellt, der für die unterschiedlichsten Produkte (inklusive Lebewildvieh) gilt.

Seither wurden die in Großbritannien ansässigen Importeure in zahlreichen Seminaren und Workshops gebeten, den Entwurf möglichst praxisnah zu prüfen und zu bewerten. Das dabei gewonnene Feedback wurde von der Regierung in das neue Regelwerk eingearbeitet. Die Einführung der vollständigen Zollkon-

trollen für Waren aus der EU war bereits mehrfach verschoben worden. Die Neuerungen sollen in drei Stufen eingeführt werden. Die ersten beiden Stufen betreffen tierische Erzeugnisse und Pflanzenprodukte (sogenannte SPS-Waren), darunter auch Lebensmittel. Die dritte Stufe betrifft Sicherheitsanmeldungen.

Brexit Update: Das ändert sich im Jahr 2024

Als erster Meilenstein stand nun der 31. Januar 2024 an: Ab diesem Zeitpunkt gilt für die Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Produkten ein deutlich abgespecktes Procedere, was die Voraussetzungen, Deklarations- und Abwicklungsvorschriften bei der Einfuhr solcher Produkte angeht (insbesondere das Ausstellen von Gesundheitsbescheinigungen sowie der Wegfall von Voranmeldungen bei Einfuhren aus der EU). Erreicht werden soll dies im Wesentlichen durch einfachere Formalitä-

ten (schlankere und einfachere Online-Deklarationsmasken) sowie den Einsatz neuer Sicherheitstechnologien (biometrische Merkmale sowie künstliche Intelligenz).

Die Umsetzung steht jedoch weiterhin unter großem (politischem) Druck: Erst im August 2023 teilte die Regierung mit, dass die Grenzkontrollen nicht zum selben Zeitpunkt in Kraft treten können, sondern erst mit drei Monaten Verspätung greifen (also ab Ende April 2024). Hintergrund bildete hierbei unter anderem die Sorge, dass die Schulungen und Ausstattung der Grenzbehörden mit dem ursprünglichen Zeitplan nicht würde mithalten können.

An diesen Sorgen hat sich bis dato jedoch wenig geändert: Gleich zu Beginn dieses Jahres schlugen diverse Unternehmerverbände, Veterinäre, Laborzentren etc. Alarm, dass nicht nur die Behörden, sondern auch die Unternehmen selbst bei der Vorbereitung und Umsetzung noch in Verzug sind.



Dabei sind jedoch nicht nur die britischen Importeure gemeint, sondern auch deren Partnerunternehmen in aller Welt sowie der EU. Letztere haben durch die vielen Publikationen und Abänderungen dieser neuen Vorschriften durch die britische Regierung, die als zu wenig transparent angesehen wurden, das Nachsehen gehabt.

UK Single Trade Window

Die britische Regierung plant darüber hinaus die Einführung eines sogenannten UK Single Trade Window. Es integriert bestehende IT-Anwendungen beziehungsweise bietet eine Schnittstelle mit bestehenden Systemen. Hierzu zählen beispielsweise sogenannte IPAFFS, womit Importeure die Einfuhr von Lebensmitteln vorab anmelden, oder S&S GB, über das Sicherheitsanmeldungen abgewickelt werden.

So sollen doppelte Dateneingaben überflüssig werden. Das UK Single Trade Window wird ebenfalls in mehreren Phasen eingeführt. Langfristig soll das System alle anderen IT-Anwendungen ersetzen und somit für alle Einfuhrfor-

malitäten genutzt werden können. Ziel ist eine Umsetzung bis 2027.

Wieder zugelassene Importeure

Die britische Regierung beabsichtigt außerdem, das bestehende System für vertrauenswürdige Wirtschaftsbeteiligte (trusted trader scheme) auszubauen und zu verbessern. Auch die Einfuhr von SPS-Waren soll für zugelassene Importeure unter diesem Regime einfacher werden.

Es bleibt jedenfalls jetzt abzuwarten, wie reibungslos das neue Regelwerk in den nächsten Monaten umgesetzt wird. Die damit einhergehenden Vereinfachungen von Importen sind grundsätzlich zu begrüßen – fraglich erscheint jedoch, ob die Grenzkontrollen ab Ende April 2024 wie geplant erfolgen, oder weiter verschoben werden müssen. Andernfalls drohen erneut leerstehende Regale in Supermärkten. Schließlich verbleibt die Sorge, dass mögliche Verzögerungen und Komplikationen sich am Ende auf die Preise der Importe durchschlagen, was in Zeiten einer ohnehin hohen Inflation den britischen

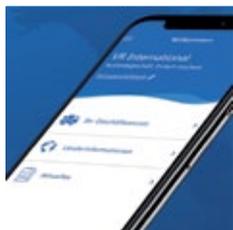
Verbrauchern kaum noch zu vermitteln wäre.

In diesem Zusammenhang könnte dann auch dem von der Regierung eingeforderten Credo „Use Trust“ eine größere Bedeutung zukommen. Ziel der Regierung ist es, den beteiligten Unternehmen sukzessive weitere Erleichterungen einzuräumen, sofern die Unternehmen entsprechende Nachweise erbringen, die ihre Kompetenz unter Beweis stellt.

Kontakt

DZ BANK AG
German Desk London

150 Cheapside
London EC2V 6ET
+44 20 77766092
germandesk.london@dzbank.de



Digitale Plattform „VR International“: Mehrwert für Ihre internationalen Geschäfte

Die App „VR International“, die das monatlich erscheinende Fachmagazin ergänzt, können Sie sich kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen.



IMPRESSUM

Herausgeber: DG Nexolution eG
Redaktion: MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG
Rudolfstr. 22-24, 60327 Frankfurt am Main
Objektleitung: Andreas Köller, DG Nexolution eG, E-Mail: andreas.koeller@dg-nexolution.de
Verlag: DG Nexolution eG
Vertreten durch den Vorstand: Peter Erlebach (Vorsitzender), Marco Rummer (stellvertretender Vorsitzender), Dr. Sandro Reinhardt
Leipziger Str. 35, 65191 Wiesbaden

Druck und Versand: Görres-Druckerei und Verlag GmbH, Niederbieberer Str. 124, 56567 Neuwied
Bildnachweis: Shutterstock
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der DG Nexolution eG zulässig.
ISSN 2195-206X
VR International erscheint monatlich und ist bei Volksbanken und Raiffeisenbanken erhältlich.
Redaktionsschluss ist jeweils vier Wochen vor Erscheinungstermin.
Für die Richtigkeit und Vollständigkeit keine Gewähr.